EVP Info
Zeitschrift für Evangelische Volkspolitik
Thurgau
Nr. 34 / November 2013

Aktuell

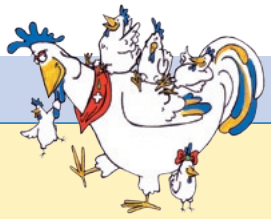
Dem Lehrplan 21 fehlt das Christentum

Mit Spannung wurde er erwartet – nun liegt der Entwurf zum Lehrplan 21 vor. Ein grosses Werk, an dem viele Fachleute und Praktiker über Jahre gearbeitet haben.
Der Umfang ist zwar in Zentimetern gemessen etwas kleiner. Was aber die Anforderungen und die Anzahl der zu erwerbenden Kompetenzen betrifft, hat der LP 21 einen Umfang, der schwerlich einen Überblick gewinnen lässt. Die EVP Thurgau fordert verschiedene Nachbesserungen, damit sie dem LP 21 zustimmen kann. Lesen Sie weiter auf Seite 5. (dg)

Pensionskasse des Staatspersonals und der Lehrkräfte

Aufgrund eidgenössischer Vorgaben muss der Kanton Thurgau seine Verordnung zur Pensionskasse (PKTG) anpassen und deren Unterdeckung beheben. Der Deckungsgrad liegt aktuell bei 90,6%, was einer Unterdeckung von ca. 200 Mio. Franken entspricht.
Der Grosse Rat schlägt nun vor, dass die Sanierungskosten (100 Mio. Fr.) im Verhältnis 56% (Arbeitgeber) zu 44% (Arbeitnehmer) aufgeteilt werden. Lesen Sie auf Seite 4, was EVP-ler dazu denken. (mz)

Ja zur Familieninitiative



Auch Eigenbetreuung verdient einen „Lohn“

Heute dürfen Familien die nachgewiesenen Fremdbetreuungskosten pro Kind bis maximal 10'000 Franken (Bund) bzw. bis 4'000 Franken (TG) von den Steuern abziehen. Die Initiative verlangt, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, zwingend ein gleich hoher Steuerabzug gewährt wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.
Parlament und Bundesrat lehnen die Initiative ab. EVP-Nationalrätin Marianne Streiff hatte im Nationalrat als Kompromiss einen Gegenvorschlag eingebracht. Er sah eine Erhöhung der allgemeinen

Kinderabzüge für alle Familien vor, was aber abgelehnt wurde. Die Mehrheit der Schweizer EVP-Delegierten in Frutigen sahen ein Ja zur Initiative als einen Schritt in die richtige Richtung.
Im Thurgauer Grossen Rat wird demnächst über einen Eigenbetreuungsabzug von mindestens 3000 Franken pro Familie entschieden. Die EVP Thurgau ist Mit-Urheberin dieses Vorstosses. Da die Regierung ihn ablehnt, wird die EVP umso energischer dafür einstehen. Weiter auf Seite 3. (ja)

Dank-, Buss- und Bettag in Arbon und Romanshorn zu neuem Leben erweckt

Eine Bettagsfeier ganz anderer Art fand um 17:00 Uhr in der katholischen Kirche in Arbon statt. Vertreter aller im Stadtparlament engagierten Parteien gestalteten eine Feier zum „Nachdenktag“, wie er genannt wurde. Den stimmigen Rahmen bildete die Jugendmusik. Die Bettagsbotschaft sprach CVP Nationalrat Christian Lohr. Besonders berührte das von Roman Buff vorgetragene Bettagsmanifest, das gebetähnlich und prägnant das gemeinsame Bekenntnis der Politiker darstellte. In eindrücklichen Gebeten verschiedener Politiker lebten Dank, Busse und Gebet. Die grosse Kirche war fast bis auf den letzten Platz gefüllt.
In Romanshorn feierten die Landes- und Freikirchen den Bettag mit einem gemeinsamen Stationenweg. An den Haltepunkten wurde u. a. für die Schule, Lehrpersonen und Kinder sowie für die politische Gemeinde und ihre Akteure gebetet. Der lange Zug der zahlreichen Teilnehmer endete im Gottesdienst und beim anschliessenden Apéro.

Die EVP sieht im Bettag eine segensreiche, im internationalen Vergleich einmalige Zusammenarbeit von Staat und Kirche. Er wurde vor über 200 Jahren eingeführt, um von den Angehörigen aller Parteien und Konfessionen gemeinsam gefeiert zu werden. Wir ermuntern unsere Leserschaft, den Bettag auch andernorts zu neuem Leben zu erwecken. (rs)
Arboner Bettagsmanifest: www.evp-arbon.ch

Roman Buff, EVP-Stadtparlamentarier, Arbon

Güggerüggü

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Sind Sie sicher? Wie steht's um ihre Altersvorsorge? Und um die Sicherheit Ihrer Grundversorgung mit Wasser, Strom und im medizinischen Sinne? Wie sicher können Sie sich draussen bewegen?
Wir haben viel Grund zur Dankbarkeit, nicht wahr! Uns geht es gut. Aber wer ist Garant unserer Sicherheit? Wer erhält sie? Der Staat? Die aktuelle Diskussion um Lücken in der kantonalen Pensionskasse warnt davor, unsere Sicherheit (alleine) vom Staat zu erwarten.
Als vom Evangelium Ergriffene vertrauen wir Gott und danken ihm für unsere Sicherheiten, auch für unseren funktionierenden Staat. Der eidgenössische Dank-, Buss- und Bettag dient dazu, diese Dankbarkeit und das Gebet für den Staat zu pflegen. Leider hat meine Wohngemeinde eine dafür vorgesehene Veranstaltung im Rathaus nicht bewilligt, mit der lapidaren Begründung, dass öffentliche Veranstaltungen am Dank-, Buss- und Bettag nicht erlaubt sind. Dass dieses wohl gemeinte Verbot nun auf den Sinn und Zweck des Bettages selbst angewandt wird, ist eine traurig-komische Anekdote und erinnert mich an das Bild der Schlange, die sich in den eigenen Schwanz beisst.

Beim Blättern im vorliegenden EVP-Info werden Sie einige Neuerungen entdecken können. Auf der Titelseite sind nun Aktualitäten mit kurzem Leittext (engl. Lead) platziert, welche weiter hinten ausführlicher dargestellt werden. Editorial und Leitartikel stehen neu auf Seite 2. Das Redaktionsteam freut sich über Ihr Feedback zur neuen Aufmachung.
Viel Freude und Gewinn beim Lesen wünscht Ihnen

Michael Zingg,
Gemeindeparlament,
Weinfelden,
michael.zingg@
evp-thurgau.ch

Gemeinwohl ? !

Leitartikel

Kennen Sie die Gemeinwohl-Bewegung?

Ein zukunftsweisendes Modell für menschen- und lebensdienliches Wirtschaftshandeln

Als ich begann, mich für diese noch junge Bewegung (seit 2008) zu interessieren, fragte ich mich, ob da wirklich eine entwicklungsfähige und kraftvolle Vision dahintersteht oder nur eine schöne, aber nutzlose Utopie? Inzwischen sehe ich darin eine Chance, um mit christlicher Grundhaltung wichtigen Problemen unserer Zeit entgegenzutreten:

Von links: Daniel Schmid, Piroska Gavallé, Matthias Müller (Moderation), Regula Streckeisen, Edith Graf-Litscher (GWB), Carmen Haag (TGV)

• Der Zwang zu Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung setzt die Betroffenen unter Druck und löst Ängste und Krankheiten bis hin zum tragischen Suizid aus. Der US-Ökonom Kenneth Boulding prägte den Satz: „Wer in einer begrenzten Welt an unendliches Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom".
• Wirtschaftlicher Erfolg wird aktuell in Geldwerten wie Jahresgewinn und Börsenkurs gemessen. Ein Massstab für die gesellschaftlichen Leistungen der Wirtschaft fehlt. Vielleicht deshalb hat sich, gemäss einem Ausdruck der Wirtschaftssoziologie, die Wirtschaft aus der Gesellschaft „entbettet", obwohl sie eigentlich dieser zu dienen hätte.

Lösungsansätze

Die Bettagskonferenz der EVP TG unter dem Motto „Gemeinwohl stärken – damit alle profitieren" zeigte Lösungsansätze auf. Gemeinwohl bedeutet, Wohlbefinden für möglichst alle zu schaffen. Dazu ist die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) dienlich.
Daniel Schmid, Kirchliche Erwachsenenbildung St. Gallen erklärte, wie die Aspekte des Gemeinwohls in demokratischen Prozessen laufend neu bestimmt werden. Jurist Fritz Andres stellte eine Reform der Geld- und Bodenordnung vor. Piroska Gavallé referierte über die GWÖ und erklärte das Instrument der Gemeinwohlbilanz, welche das sogenannte Gemeinwohlprodukt von Firmen misst. Damit können die gesellschaftlichen Leistungen der Wirtschaft wie Erhalt oder Aufbau von Arbeitsplätzen, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit oder mitarbeiterorientierte Unternehmenskultur gemessen werden. Bereits 350 Betriebe haben eine GW-Bilanz erarbeitet. Einige Universitäten interessieren sich für die GWÖ. Gearbeitet wird an einem System, um Produkte mit der GW-Bilanz des Herstellers zu kennzeichnen. Damit eröffnen sich neue Perspektiven, wie wir beim Einkaufen das Gemeinwohl fördern können. Die Politik könnte dasselbe tun, indem sie die GW-Bilanz als Kriterium im Beschaffungswesen berücksichtigt.

Die Konferenz wurde in Kooperation mit dem Gewerbeverband und dem Gewerkschaftsbund durchgeführt. Sie wirkten im Podium mit (Foto). Allgemein wurde gelobt, dass die GWÖ mit Anreizsystemen arbeitet. Die Rolle der Politik wurde teils kontrovers diskutiert. Einig war man sich, dass wir alle mehr Genügsamkeit leben sollten. (rs)

Weitere Informationen, Bilder: www.evp-thurgau.ch/tg/aktuell/bettagskonferenz-2013.htm

Familie – Lohn – Vignette

Eidgenössische Abstimmungen vom 24. November 2013

Warum die Familieninitiative gut ist

Heutige Lösung ist ungerecht
Steuerabzüge kann man nur für Kosten geltend machen, die tatsächlich anfallen. 2009 führte man den Fremdbetreuungsabzug ein, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Familien, die bewusst auf ein zweites Einkommen verzichten, um die Kinder selber zu betreuen, sind heute doppelt benachteiligt. Einerseits erhalten sie keinen Abzug, andererseits tragen sie über ihre Steuern zur Subventionierung der Kinderhorte bei.

Wahlfreiheit für die Eltern
Alle Eltern sollen ohne steuerliche Nachteile frei entscheiden können, wie sie ihre Kinder betreuen lassen. Jede Familie soll die für sie optimale Lösung finden. Die meisten wählen eine Mischlösung, wobei mindestens ein Elternteil Teilzeit arbeitet. Ob Vater, Mutter, Grosseltern, Nachbarn, eine Tagesmutter oder eine Betreuerin in der Krippe die Kinder hütet, sollte der Staat nicht beeinflussen.

Steuerausfall?
Die Initiative verlangt nicht einen fixen Betrag, sondern nur gleich viel. Das kann auch gleich wenig sein. Bei Annahme kann das kantonale Parlament ein „kostenneutrales" Gesetz erarbeiten.

Ziel der EVP: Kindergeld
Steuerabzüge helfen den Armen nicht, denn wer wenig Steuern zahlt, kann zwar gleichviel abziehen, aber es bringt nur sehr wenig Steuerersparnis. Diese Vorlage ist für gute Steuerzahler gemacht. Die EVP sähe lieber einen Systemwechsel. Statt subventionierte Krippen und Steuerabzüge fordert sie in ihrem Schwerpunkteprogramm ein Kindergeld für alle. Dieser Abzug würde nicht am steuerbaren Einkommen gemacht, sondern am Steuerrechnungsbetrag. Würde dieser negativ, erhielten die Eltern Geld, das für die Kinderbetreuung bestimmt ist. Entweder bezahlt man damit die Krippe oder bezieht es als Einkommen desjenigen Elternteils, der zu Hause bleibt.

joerg.altorfer@evp-thurgau.ch

Nein zur 1:12-Initiative

Die Volksinitiative „1:12 – für gerechte Löhne" verlangt, dass niemand in einem Jahr weniger verdienen soll als der bestbezahlte Manager in der gleichen Firma in einem Monat. Der Bund soll Ausnahmen zum Beispiel für Personen in Ausbildung oder für Menschen mit geschützten Arbeitsplätzen erlassen. Die EVP Schweiz lehnt die Initiative knapp ab.

Dafür:
Die Abzockerei ist unschweizerisch, verletzt unser Gerechtigkeitsempfinden und ist Gift für den sozialen Frieden. In Europa liegt die Schweiz mit den Managerlöhnen an der Spitze. Unserer Wirtschaft geht es gut, Internationale Firmen werden angelockt.
Wer, wenn nicht wir, sollte als erstes etwas gegen unmoralische Raffgier unternehmen? Ärmere Länder haben den politischen Spielraum nicht, wenn grosse Firmen mit Wegzug drohen. Die Initiative ist ein Puzzleteil für eine gerechtere Schweiz. Auch die EVP-Initiative "Erbschaftsteuer für die AHV" gehört dazu.

Dagegen:
Die Politik soll sich um die Armen kümmern und wenn nötig Mindestlöhne einführen. Sie soll die Freiheit der Reichen nicht einschränken, wenn es dem Staat kein Geld bringt.
Es besteht die Gefahr der Auslagerung der Tieflohnbereiche, um das starre Lohndiktat zu erfüllen. Dabei verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Betroffenen meistens.
Es drohen Ausfälle bei Steuern und AHV. Wird das Geld anstatt als Lohn als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet, erhält der Staat weniger Steuern. Besser wäre, hohe Einkommen stärker zu besteuern. Bei den AHV-Beiträgen ist das soeben beschlossen worden. (ja)

Ja zum Nationalstrassenabgabegesetz

Die Autobahnvignette soll neu 100 statt 40 Franken kosten, um Mehrkosten bei den Autobahnen auszugleichen. Der Bund übernimmt 390 km bisherige Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz und benötigt auch für deren Unterhalt mehr Geld. Die EVP Schweiz stimmt mit 65 Ja zu 5 Nein deutlich zu.

Finanzbedarf steigt
Dank zunehmendem Verkehr werden sowohl Strasse wie Schiene in Zukunft mehr Geld brauchen. Nachhaltig wäre zwar eine Reduzierung des Autoverkehrs und folglich der Strassenkosten. Doch dieser Genügsamkeitsgedanke ist in der Realität noch nicht angekommen. Trotzdem bleiben unsere Autobahnen günstiger als in Frankreich oder Italien mit ihren Zahlstellen.

Bodensee-Thurtalstrasse (BTS)
Netzbeschluss und Finanzierung sind verknüpft. Die BTS wird nur ins Nationalstrassennetz aufgenommen, wenn wir der Preiserhöhung zustimmen. Die Thurgauer Regierung hofft auf einen Baubeginn ab 2020. BTS-Gegner werden die Vorlage ablehnen, weil dann dem Bund das Geld für diese weniger wichtige Strasse fehlen dürfte.

Falscher Anreiz?
Einige Gegner würden die Vignette lieber ganz abschaffen und dafür den Benzinzoll erhöhen. Denn die Vignette führe dazu, dass Gelegenheits-Autofahrer auf die Hauptstrassen ausweichen, um 100 Franken zu sparen. Wenn man schon Autobahnen hat, soll aber der Verkehr auch darauf gelenkt werden. Auf einzelnen Transitstrecken gab es das Problem schon früher, weil sich Touristen keine Vignette leisten wollten. Darum gibt es neu eine Zweimonatsvignette zum Preis von 40 Franken. (ja)

Aktuelles aus dem Thurgau

Kantonale Politik

Die Sanierung der Pensionskasse schmerzt

Zwei direkt Betroffene äussern ihre Gefühle:

Ich bin besorgt über die Entwicklung der PKTG. Einerseits erfordern schwierige Umstände eine partnerschaftliche Lösung. Andererseits wurde der Umwandlungssatz in den letzten 2 Jahren schon zweimal gesenkt, und damit auch die Renten. Im 2004 und 2005 leisteten wir Versicherten bereits Sanierungsbeiträge. Wer garantiert, dass nach der Revision nicht bald wieder neue Lücken entstehen?
Ich erwarte von Regierungsrat und PK-Kommission einen verantwortungsvollen Umgang mit den vorhandenen Mitteln. Es wirkt wenig beruhigend, dass der Grosse Rat eine flexible Handhabung des Sanierungsbedarfs beschloss, je nachdem, wie die Börse Gewinne ausschüttet. (TG-Zeitung 1. Okt.)

susanna.brueschweiler@evp-thurgau.ch, Weinfelden

Als Betroffener nehme ich verschiedene Standpunkte ein. Mit Blick auf die Zusatzkosten, fühle ich mich ungerecht behandelt: „Die Verantwortlichen haben ihre Arbeit nicht gut gemacht und ich werde dafür zur Kasse gebeten".
Viele Pensionskassen kennen ähnliche Probleme. Einige reagierten früher, aber ihren Versicherten ging's nicht viel besser. Meine Devise lautet nun: „Hier müssen wir durch, auch wenn's schmerzt". Schliesslich nehme ich einen umfassenderen Blick ein: „Habe ich nicht selber auch schon Fehleinschätzungen vorgenommen und war froh, dass mir durch Hilfe anderer aus der Patsche geholfen wurde?" Fazit: "Es ist richtig, sich für eine sorgfältige und gerechte Rentenverteilung einzusetzen. Dabei habe ich aber nicht mein persönliches Wohl vor Augen, sondern das Gemeinwohl".

michael.zingg@evp-thurgau.ch, Weinfelden

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau,
www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20, 8590 Romanshorn,
redaktion@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Jörg Altorfer (ja), Doris Günther (dg), Regula Streckeisen (rs), Andrea Witzsch (aw), Michael Zingg (mz)

Abonnement 15 Franken pro Jahr

Postkonto 85-207236-0,
IBAN CH02 0900 0000 8520 7236 0

Adressänderungen
antonia.alberts@evp-thurgau.ch,
Pestalozzistr. 8, 8590 Romanshorn

Auflage 3'000 Exemplare
Geht an die Mitglieder der EVP Thurgau und an Interessierte.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Druck Brüggli Medien, Romanshorn

Feedback

Die EVP interessiert mich
☐ Senden Sie mir Unterlagen.
☐ Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Folgende Person interessiert sich für das EVP-Info
☐ Senden Sie ihr das EVP-Info zu:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____
Tel. _____
Mail _____

Das EVP-Info interessiert mich nicht
☐ Streichen Sie meine Adresse:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum.

Lehrplan 21

Stellungnahme zum zukünftigen Lehrplan der 21 deutschschweizer Kantone

Die EVP Thurgau fordert Nachbesserungen am Lehrplan 21

Für die nächste Generation legt er die Bildungsziele fest: Der Lehrplan 21. Eine Gruppe aus mehrheitlich Lehrpersonen hat sich damit auseinandergesetzt und eine Stellungnahme erarbeitet, welche sich an diejenige der EVP CH anlehnt.

Die Anzahl der Kompetenzen ist zu reduzieren, einige verbindlicher zu formulieren

In der heutigen Zeit macht es Sinn, die Bildungsziele in Kompetenzen zu formulieren. Die Aufteilung in drei Zyklen (1. Kindergarten bis 2. Klasse; 3.-6. Klasse; 7.-9. Klasse) scheint uns überzeugend. Der LP 21 ist unserer Meinung nach aber zu umfangreich und weist Mängel auf. Die Anzahl der zu erreichenden Kompetenzen und Kompetenzstufen ist enorm. Dies führt zu einer unüberblickbaren Fülle und lässt an der praktischen Anwendung durch die Lehrperson zweifeln. Wir fordern deshalb einen schlanken Rahmenlehrplan mit konkretisierten Kernkompetenzen. Insgesamt scheint uns das Niveau der Mindestanforderungen zu hoch. Auch in musischen Fächern werden Kompetenzen intellektualisiert. Was geschieht mit Kindern, die diese Mindestanforderungen nicht erreichen? Für die EVP ist wichtig, dass auch im neuen Bildungszeitalter am Prinzip von Kopf, Herz und Hand keine Abstriche gemacht werden.

Im Bereich „Mensch, Natur, Gesellschaft" fordern wir vor allem im geschichtlichen Bereich verbindliche Inhalte, an denen die Kompetenzen erarbeitet werden.

Die Kompetenzen im Bereich „Ethik, Religionen, Gemeinschaft" sind zu überarbeiten!

Der LP21 bezieht sich auf die Bundesverfassung und die kantonalen Volksschulgesetze. Danach soll sich die Schule an christlichen, humanistischen und demokratischen Werten orientieren. Das ist erfreulich. Nur leider gibt es keine Lernkompetenzen, an denen die Schüler und Schülerinnen das Christentum kennen lernen können. Der Lehrplan-Entwurf schlägt zwar eine vergleichende Religionskunde vor und berücksichtigt so die religiöse Vielfalt in der Schweiz. Er ist aber schweizweit der erste Lehrplan, der keinen Schwerpunkt auf das Christentum als prägende Religion mit gesellschaftlichen Auswirkungen legt.

Wir fordern für den 1. und 2. Zyklus Kompetenzen aus der jüdisch-christlichen Überlieferung, Geschichten und Texte des Alten und Neuen Testaments und die christlichen Festtage (Weihnachten, Karfreitag, Ostern, Auffahrt, Pfingsten). Dies gehört zu den Grundlagen unserer Gesellschaft.

Fremdsprachenunterricht

Im Fremdsprachenunterricht ist die Harmonisierung der Kantone nicht gelungen. Die Fremdsprachenkenntnisse der Primarschüler sind regional ganz verschieden. Die Praxis zeigt, dass der Erwerb von zwei Fremdsprachen im zweiten Zyklus (Englisch ab 3. Klasse, Französisch ab 5. Klasse) für schwächere Schüler eine Überforderung ist. Die zweite Fremdsprache soll in der Primarschule freiwillig besucht werden können und erst in der Oberstufe obligatorisch werden.

Gleichwürdigkeit aller Menschen

Im Bereich Sexualkunde sind die Kompetenzen mehrheitlich sinnvoll und angemessen. Wir begrüssen, dass im 1. Zyklus keine Sexualkunde vorgesehen ist. Die EVP wehrt sich gegen den Grundsatz der Gleichwertigkeit der sexuellen Orientierung. Nicht jedes sexuelle Verhalten hat den gleichen gesellschaftlichen oder kulturellen Wert. Nicht die Gleichwertigkeit, sondern die Gleichwürdigkeit aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, soll betont und gelehrt werden. Auf den Begriff „Gender" soll im Lehrplan verzichtet werden.

Unser Fazit: Der Kopf ist gross, die Hand wird zu klein, das Herz droht zu verschwinden.

doris.guenther@evp-thurgau.ch

Aus der Bibel – für die Politik

Liebe Leserin, lieber Leser

Mich beschäftigt die Frage: Wie gehen Politiker und Parteien miteinander um? An ihrem Verhalten ist gut zu beobachten, welcher Geist eine Partei prägt. Obwohl es heutzutage im Trend ist, sich auf christliche Werte zu berufen, so heisst das noch lange nicht, dass wirklich nach diesen Richtlinien gedacht, gesprochen und gehandelt wird. Was das Zusammenleben betrifft, hilft uns die Bibel weiter, wenn wir bereit sind, auf sie zu hören. Beispielsweise ist im Römerbrief 15,7 zu lesen: „Nehmt einander an, wie auch Christus euch angenommen hat, zur Ehre Gottes." Dies sollte nicht nur *innerhalb* einer politischen Partei so sein, sondern ebenso *zwischen* den Parteien. Das bringt dem Land Segen.

Johannes Bodmer, Pfarrer, Weinfelden

Das freut uns

Der Nationalrat stimmte EVP-Motionen zu.

Motion „Entlastung für Eltern behinderter Kinder sicherstellen“

Dass die IV die Spitex-Leistungen für Kinder mit Geburtsgebrechen gestrichen hat, will EVP-Nationalrätin Marianne Streiff nicht einfach hinnehmen. Sie beauftragt den Bundesrat mit ihrer Motion, alles Nötige zu unternehmen, damit Eltern von Kindern mit einer Behinderung bei Bedarf qualifizierte Hilfe in Anspruch nehmen können.
Eltern behinderter Kinder würden eine grosse und anspruchsvolle Arbeit leisten, so Streiff. Zusätzlich zur generellen Fürsorge müssten sie viele behinderungsbedingte Zusatzaufgaben übernehmen.
Wer an seine Belastungsgrenze stosse, müsse unkompliziert Hilfsangebote wie Spitex, Entlastungsdienst oder telefonische Beratung in Anspruch nehmen können ohne abklären zu müssen, wer für die Kosten aufkommt. (aw)

Marianne Streiff, Nationalrätin EVP, Oberwangen BE

Motion „Suizidprävention“

EVP-Nationalrätin Maja Ingold, Winterthur, beauftragt den Bundesrat, einen Aktionsplan zur Suizidprävention vorzulegen und umzusetzen.

Frau Ingold, was tut die Schweiz derzeit, um Suizid zu verhindern?
MI: Obwohl Suizid eine der häufigsten Todesursachen von Menschen zwischen 15 und 44 Jahren bleibt und die Schweiz zur traurigen Spitze im Suizidrating gehört, betreibt der Bund keine Suizidprävention, die diesen Namen verdient.

Wie soll der Aktionsplan aussehen?
MI: Die meisten Menschen, die Suizid begehen, litten an einer Depression. Deshalb ist eine breite Aufklärung der Bevölkerung über Depression und ihre Früherkennung nötig.

Sehen Sie gesellschaftliche Fehlhaltungen, die Suizid fördern?
MI: In den heutigen individualisierten Lebenswelten ist das Risiko der Vereinsamung gestiegen, was eine bedeutende Ursache von Suizid ist. Generationenpolitische Projekte im Bereich Wohnen und im Quartierleben könnten Gegensteuer geben.

Wurden Sie im persönlichen Umfeld mit Suizid konfrontiert?
MI: Ja, bei einem Berufskollegen. Dessen Freitod hat die Frage einer wirkungsvolleren Begleitung aufgeworfen.

Herzlichen Dank für das Interview.

andrea.witzsch@evp-thurgau.ch

Parolen der EVP Thurgau zur eidgen. Abstimmung vom 24.11.2013

Familieninitiative	**JA**
Initiative „1:12 – für gerechte Löhne“	**NEIN**
Nationalstrassenabgabegesetz	**JA**

Termine 2013/2014

- 8.11. 19:00 Fondueplausch, Hermannstrasse 10, Weinfelden, Anmeldung: b.hugentobler@sunrise.ch
- 8.11. 19:30 Stamm Rest. Bellevue, Arbon
- 27.11. 19:30 Informationsabend in F'feld mit KESB-Präsidentin Barbara Merz, mehr Infos: www.evp-thurgau.ch –> Bezirk Frauenfeld
- 30.11. DV der EVP CH in Winterthur
- 13.12. 19:30 Stamm Rest. Bellevue Arbon
- 7.1. 19:30 Parteiversammlung EVP TG in Amriswil
- 10.1. Neujahrsapéro EVP TG für Mitglieder und Gäste; mit Waldfondue bei Waldhütte; Besammlung Bahnhof Lengwil: 18:20 bzw. 18:35 Uhr; mehr Infos auf www.evp-thurgau.ch
- 25.1. Fokustag EVP CH
- 24.2. 19:30 bzw. 20:15 Jahresversammlung der EVP Weinfelden, Rest. Trauben

Chancen der Genügsamkeit

Während 32 Jahren wohnten wir mit unseren vier Kindern mit grosser Freude im eigenen Haus und Garten. Als alle Vier ausgeflogen waren, zügelten wir in eine Wohnung. Wir benutzen nun noch knapp halb so viel Wohnfläche. Da keine Gartenarbeit mehr anfällt, bleibt uns mehr Zeit für Freiwilligenarbeit und für unsere Enkelkinder.
Wir verstehen die Veränderung als Schritt von den irdischen Schätzen hin zu den Schätzen im Himmel (Mt. 6, 19-21) und fühlen uns frei und wohl dabei.

regula.streckeisen@evp-thurgau.ch, Kantonsrätin, Präsidentin EVP TG, Romanshorn

EVP Info Thurgau

Adressberichtigung bitte melden

AZB
9220 Bischofszell